

Fördermaßnahme: Fenstererneuerung mit gleichzeitiger Installation eines Sonnenschutzes und Anlage eines Gründachs

Sachbericht:

Der Klassentrakt der Grundschule Markoldendorf liegt auf der Südseite des Schulgrundstücks, die Fenster der Klassenräume wurden in die Südfassade eingebaut. Diese stammen aus dem Jahr 1983 und nähern sich der Verschleißgrenze.

Die Bestrebungen der Stadt Dassel, durch sinnvolle Maßnahmen, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, können mit dieser Maßnahme unterstützt werden. Um einen deutlich besseren Wärmedämmwert zu erreichen, werden 26 Fenster mit 3-fach Verglasung und gleichzeitig aufgesetzten Außenjalousien eingebaut. Dies wird zu Energieeinsparungen und zur CO₂-Reduzierung führen.

Gleichzeitig wird die Blendwirkung minimiert, da über den Digitalpakt Schule auch in der Grundschule Markoldendorf digitale Endgeräte genutzt werden.

Die Kosten für diese Maßnahme sind mit 140.800,00 € kalkuliert.



Der östliche Gebäudeteil der Grundschule Markoldendorf mit Foyer, Musikraum und Verwaltungstrakt ist mit einem Flachdach errichtet wurden. Dieses Dach weist altersbedingt vermehrt Schäden auf und verursacht einen jährlichen Instandsetzungsbedarf. Die Schäden sind bereits im Inneren des Gebäudes sichtbar.

Um auch hierbei eine deutlich verbesserte Wärmedämmung zu erhalten, wurde für die Sanierung ein, dem aktuellen Stand der Bautechnik entsprechendes, Gründach gewählt. Durch die Dachbegrünung mit darunterliegender Gefälledämmung wirkt das Dach im Sommer wie eine natürliche Klimaanlage und bietet einen zusätzlichen Schallschutz. Somit können Energiekosten eingespart werden.

Die Kosten für diese Maßnahme sind mit 418.000,00 € kalkuliert.



Beide Maßnahmen werden in einem Maßnahmenpaket zur Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen mit 80% aus Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gefördert. Projektträger ist die Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) gGmbH.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

